

Ausgerechnet in der Partei der Kanzlerin mangelt es an Frauen

Von Sven Siebert, zzt. Hannover

Weibliche Mitglieder sind in der CDU immer noch unterrepräsentiert. Eine Kampagne der Zentrale soll das ändern.

Frauen sind in der Kanzlerinnenpartei CDU unterrepräsentiert. Der weibliche Anteil der Mitgliedschaft in der Partei Angela Merkels ist in den vergangenen 16 Jahren praktisch unverändert bei 25 Prozent. Im Osten ging er von rund 40 Prozent 1991 auf heute knapp 29 Prozent zurück. In Sachsen sind es heute 28,5 Prozent, 1991 waren es noch 38,2.

Frauenarmut in der Fraktion

Auch in den Parlamenten wird die CDU ihrem Anspruch, Frauen mindestens zu einem Drittel an Parteiämtern und an öffentlichen Mandaten zu beteiligen, nicht gerecht. Im Bundestag sind nur 21 Prozent der Fraktionsmitglieder weiblich. Generalsekretär Ronald Pofalla hat diese Zahlen in einem Bericht an den Parteitag zur politischen Gleichstellung von Frauen und Männern vorgelegt. In den Parlamenten und in den Kreisverbänden könne die Partei „zum Teil noch nicht mit der Repräsentanz von Frauen zufrieden sein“, schreibt er. Dabei gehört die „gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Gestaltung unserer Politik zu unserem Selbstverständnis als christliche Demokraten“, wie es in den Parteigrundsätzen heißt. Die CDU will daher mit einer Mitgliederwerbekampagne „gezielt mehr Frauen für die Partearbeit gewinnen“. Kreisverbände sollen ausgezeichnet werden, die sich um die Frauenförderung verdient gemacht haben. Frauen, die trotz aller Bemühungen in ihren Kreisverbänden untergebuttert werden, bekommen von Pofalla einen Rat: „Verstöße gegen die Satzung können auch dem Justiziar gemeldet werden.“

Auf dem Parteitag in Hannover machte sich die zahlenmäßige Unterlegenheit der Frauen unmittelbar bemerkbar. Die Frauen-Union hatte sich gegen eine Festlegung auf das umstrittene Betreuungsgeld ausgesprochen. Mit der verschiedentlich als „Herdprämie“ kritisierten staatlichen Leistung sollen Familien gefördert werden, die ihre Kinder ausschließlich zu Hause betreut sehen wollen. Das auf Initiative der CSU für 2013 angekündigte Betreuungsgeld ist umstritten, weil es aus Sicht seiner Kritiker gerade sozial benachteiligte Familien dazu animieren könnte, Kinder nicht in Kinderkrippen zu schicken und ihnen so nicht die öffentlich gewünschte Förderung zuteilwerden zu lassen. Die Frauen-Union hatte deshalb beantragt, statt von einem Betreuungsgeld nur von einer „mittelfristigen finanziellen Entlastung für erziehende Väter und Mütter“ zu sprechen. Dies schließt die Möglichkeit ein, Familien Gutscheine – beispielsweise für Sprach- und Förderkurse für Einwandererkinder –, und nicht nur Geld zu geben.

Es sei „bemerkenswert, dass sich gerade die Frauen so deutlich in dieser gesellschaftspolitischen Frage positioniert haben“, sagte die Berliner Bundestagsabgeordnete Monika Grütters, selbst Mitglied der Frauen-Union, der SZ. Doch auf Druck der Parteispitze – unter anderem von Parteichefin Angela Merkel persönlich – konnten sich die Frauen nicht durchsetzen.

Kein Wunsch nach Quote

Nach Grütters' Einschätzung ist dies auch eine Folge des geringeren Frauenanteils in der Mitgliedschaft und unter den Parteitagsdelegierten. Eine 50-Prozent-Quotierung wie bei Grünen und SPD lehnt die Bundestagsabgeordnete hingegen ab. Bei 25 Prozent Frauen in der Mitgliedschaft gebe es „einfach nicht genug gute Frauen, um die Hälfte der Funktionen besetzen zu können“, sagte Grütters. „Das muss man ganz nüchtern sehen.“

Dass in anderen Parteien Posten nach Quote besetzt werden, „tut manchmal auch den Frauen nicht gut“, so Grütters. Für die CDU gelte aber: „Dort, wo Frauen auftauchen, sind sie gut.“ Monika Grütters denkt dabei an die Frauen im Bundesvorstand, die Ministerinnen, Kanzlerin Merkel und an sich.

Quelle: Sächsische Zeitung vom 05.12.2007